

AMBIVALENZEN EINER REFORM

Die Lehrerinnen- und Lehrerbildung vor den Toren der Universität*

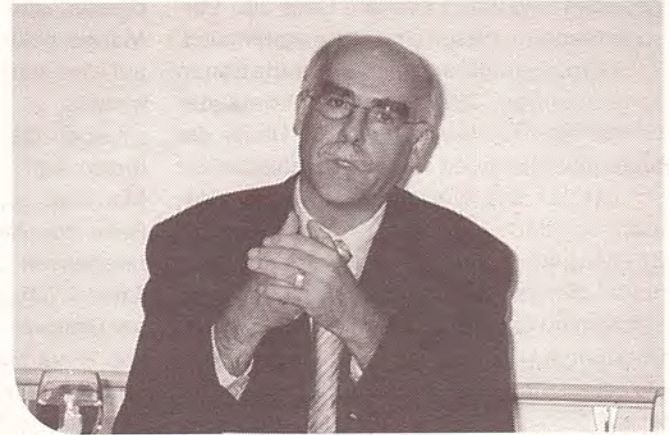
In diesem Herbst beginnt im Kanton Bern eine neue Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Ein langer Prozess der politischen und planerischen Vorbereitung geht damit zu Ende.

1978 ist die Reform durch eine Motion im Grossen Rat in Gang gesetzt worden. Der Regierungsrat wurde beauftragt, eine «Gesamtkonzeption für die Ausbildung der Lehrer aller Stufen und Schultypen» vorzulegen. Überwiesen wurde die Motion 1979. 1984 wurde eine Projektorganisation eingesetzt; 1988 lag der Schlussbericht des Projektleiters vor. Auf der Basis dieses Berichts formulierte die Regierung «Grundsätze zur Gesamtkonzeption der Lehrerbildung», die vom Grossen Rat 1990 ohne Gegenstimme verabschiedet wurden. Die Tertiarisierung der Bernischen Lehrerinnen- und Lehrerbildung war damit auf der politischen Ebene formell besiegelt.

Ziel der Reform war eine nachmaturitäre Ausbildung, die vom Kindergarten bis zum Gymnasium vier Stufen unterscheidet, die als Einheit konzipiert sind, und drei Phasen der Berufslaufbahn postuliert, nämlich Grundausbildung, Berufseinführung und Fortbildung, die ebenfalls als ein Ganzes begriffen werden. Auch wenn diese doppelt integrative Zielsetzung inzwischen einige Korrekturen erfahren hat, so liegt in der Gesamtkonzeption noch immer eine Besonderheit des Bernischen Reformmodells, die nicht unbedacht über Bord geworfen werden sollte.

Die Macht der Regionen

Das Prinzip der integrativen Gestaltung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung ist nicht zu verwechseln mit der Konzentration der Ausbildungsinstitute an einem Ort. Tatsächlich insistierte der Grosse Rat auf einer dezentralen Lehrerinnen- und Lehrerbildung, die trotz Tertiarisierung an Standorten der



Prof. Dr. Walter Herzog.

Bilder: MG

bisherigen, seminaristischen Ausbildung festhalten will. Als diese Standorte wurden 1997 per Regierungsratsbeschluss Bern, Biel, Langenthal und Spiez bestimmt.

Der Kanton Bern weist eine komplizierte geopolitische Struktur auf, die sich symbolisch schwer darstellen lässt. Die Stadt Bern steht eher für das politische Zentrum des Bundesstaates Schweiz, als dass sie den Kanton repräsentieren würde. Bern ist zwar auch Kantonshauptstadt, aber politisch gesehen meint, wer «Bern» sagt und nicht die Bundesstadt meint, eher den Kanton als die Stadt. Die Stärke der Regionen zeigt sich nicht zuletzt im Bildungswesen. Eine Zentralisierung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung am Standort Bern scheint daher ausgeschlossen zu sein. Beim Kauf des Von-Roll-Areals vor gut einem Jahr sah sich die Regierung denn auch genötigt, ausdrücklich zu versichern, dass damit keinesfalls von den regionalen Standorten Abschied genommen werden soll, sondern lediglich eine Zusammenführung der auf verschiedene Orte der Stadt verstreuten Lehrerbildungsinstitute angestrebt werde.

Die Standortfrage steht stellvertretend für eine gewisse Ambivalenz des Berner Reformmodells. Die 1990er Abstimmung im Grossen Rat hätte deutlicher nicht ausfallen können – es war ein einhelliger Entscheid für die Tertiarisierung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Der Kanton Bern wurde zum Pionier einer gesamtschweizerischen Reformbewegung, die erst 1993 in Form der «Thesen zur Entwicklung Pädagogischer Hochschulen» der EDK gleichsam von offizieller Seite Unterstützung fand. Und als

den Thesen 1995 die Empfehlungen der EDK zur Lehrerbildung und zu den Pädagogischen Hochschulen folgten, da hatte der Kanton Bern den Gesetzgebungsprozess zur neuen Lehrerinnen- und Lehrerbildung bereits abgeschlossen. Am 9. Mai 1995 wurde nach einer breiten Vernehmlassung das neue Lehrerinnen- und Lehrerbildungsgesetz vom Grossen Rat mit 143 zu 26 Stimmen verabschiedet. Das Referendum ist nicht ergriffen worden.

Im späten Sukturs durch die EDK, die mit ihren Thesen, Empfehlungen und Berichten für die Berner immer einen Schritt zu spät kam, liegt ein wesentlicher Grund für den ambivalenten Charakter, den die bernische Reform der Lehrerinnen- und Lehrerbildung schliesslich angenommen hat. Die Ambivalenz kommt im Gesetz deutlich zum Ausdruck. Als ob der Grosse Rat ob der eigenen Courage, die er bei der Auflösung der Seminare bewiesen hatte, erschrocken wäre, mochte er sich nicht dazu durchringen, die Lehrerinnen- und Lehrerbildung an der Universität, die es doch in Bern – allerdings in der Stadt Bern – gab, anzusiedeln. Stattdessen übte er sich in Wortakrobatik und erklärte die neue Lehrerinnen- und Lehrerbildung als der Universität angegliedert. «Angliederung» meint weder die eine der von der EDK favorisierten Varianten der Tertiarisierung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung, nämlich die Integration in die Universität, noch die andere, nämlich eine Pädagogische Hochschule. Wie schelmisch auch immer die Sprachschöpfung gemeint sein mochte, klar ist bis heute nicht geworden, wie man es macht, an eine Institution anzudocken, die auf ihre Autonomie

*Überarbeitete Fassung des Referats, das Walter Herzog anlässlich der Jahresversammlung der Schweizerischen Konferenz der Direktoren der Lehrerbildungsinstitutionen (SKDL) am 6. September 2001 in Bern gehalten hat.

so stolz ist wie die Universität, geschweige denn, wer eine solche Kuppelei zustande bringen könnte.

Das grosse Erwachen

1997 ist im Rahmen von zwölf kantonalen Planungsgruppen mit der Umsetzung des Gesetzes begonnen worden. Über 200 Personen haben in diesen Gremien mitgearbeitet, Berichte erstellt und an Konsultationen teilgenommen. 1998 verabschiedete der Grosse Rat das Dekret über die Dauer der Stufenausbildungen – ein entscheidender Schritt für die weitere Planungsarbeit, insbesondere was die Erarbeitung der Studienpläne und die Kollegiumsbildung betraf. Bereits 1997 sind im Rahmen einer Verordnung die Modalitäten der sogenannten Überführung des Lehrkörpers der Seminare in die neuen Strukturen festgelegt worden. 1999 wurde per Verfügung eine Neustrukturierung der Planungsorganisation in die Wege geleitet. In der Folge entwickelte sich eine

Art Planungsneurose, jedenfalls verzögerten sich verschiedene Entscheidungen, was nicht nur die Aufmerksamkeit der Medien, sondern auch weiterer Kreise weckte. Die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates sah sich veranlasst, eine «Aussenbetrachtung» einzuholen, die Anfang dieses Jahres vorgelegt wurde und auf Mängel beim Projektmanagement, aber auch auf Versäumnisse der politischen Instanzen hinwies.

Auch die Universität schien endlich aus ihrem Dornröschenschlaf aufzuwachen. Man rieb sich die Augen angesichts einer Reihe von Artikeln im eigenen Gesetz – dem revidierten Universitätsgesetz von 1996. Tatsächlich geht das Universitätsgesetz, das der Grosse Rat nach dem neuen Lehrerinnen- und Lehrerbildungsgesetz verabschiedet hat, deutlich weiter in der Angliederungsfrage. Wer genau liest, kann sogar den Eindruck gewinnen, hier werde nicht nur einem Andocken der Lehrerinnen- und Lehrerbildung

an die Universität das Wort geredet, sondern einer eigentlichen Integration. Kein Wunder, dass die Universitätsleitung mit Betroffenheit reagierte. Man glaubte, um das jahrhundertalte Recht auf Selbstbestimmung betrogen worden zu sein. Wie ein Trojanisches Pferd schien die Lehrerinnen- und Lehrerbildung – schlaue wie sie ist – ins Sanktuarium der Universität eingedrungen zu sein, was zu heftigen und nicht immer salonfähigen Reaktionen führte.

Aber auch anderen wurden die Augen geöffnet. Die frisch gewählten Direktorinnen und Direktoren der neuen Lehrerbildungsinstitute mussten konsterniert zur Kenntnis nehmen, dass ihnen die im Entstehen begriffene Verordnung wenig Autonomie zugestand. Anders als der Universität und anders als den Fachhochschulen im technischen, sozialen und künstlerischen Bereich, kam der Lehrerinnen- und Lehrerbildung kein eigener Rechtsstatus zu. Aus dem grossrätlichen Orakel der Angliederung

Hilft neue LLB gegen Lehrkräftemangel?

Brigitte Mühlmann von der Bernischen Erziehungsdirektion (**rechts**) findet die Situation betreffend Lehrkräftemangel nicht dramatisch. Sie hofft, dass die Tertianisierung der LehrerInnenbildung den Lehrkräften mehr philosophische Distanz und Selbstbewusstsein bringen wird. Die mangelnde Attraktivität des Berufes sei unter anderem darin begründet, dass Lehrpersonen zu wenig als Fachpersonen anerkannt würden.



Daniel Noverraz, Direktor der pädagogischen Hochschule im Kanton Waadt (**unten**) beklagt die Tatsache, dass heute die Weisungen der Erziehungsbehörden andauernd wieder umgestossen würden. Diese Unsicherheiten wirkten zermürend. Eigentlich sei es paradox, dass die heutigen Ausbildungsgänge an den neuen Pädagogischen Hochschulen viel besser seien, und gleichzeitig das Interesse an den Ausbildungsgängen zum Lehrberuf abnehme.



Nach dem Referat von **Walter Herzog** (ab Seite 13 dieser BS) wurde an einer Tagung der Direktorinnen und Direktoren der Lehrerbildungsinstitutionen über die Frage diskutiert, ob die neue LehrerInnenbildung einen Beitrag leisten kann zur Verminderung des Lehrkräftemangels.

Beat Zemp, Zentralpräsident von LCH (**oben**) wehrt sich dagegen, Maturanden an Stelle der fehlenden Lehrkräfte einzusetzen; dies sei berufsschädigend. Zemp fordert eine Verringerung der Belastung und eine Beschränkung auf die Kernaufgaben der Schule. Zemp ist überzeugt, dass tatsächlich eine Mangelsituation herrscht. Drei Phänomene hätten dazu beigetragen: 1. Pensionierungswelle, 2. Zahlreiche Aussteigerinnen und Aussteiger und 3. gibt es laut Zemp zu wenig Berufseinsteigerinnen und -einsteiger.



Rita Holzer, LLB-Institutsdirektorin in Bern (**links**) hält fest, dass die Arbeitslosenquote bei den Kindergärtnerinnen immer noch bei 3 Prozent liege. Holzer ist überzeugt, dass die neue Ausbildung einiges bringe, wichtig sei aber auch eine gute Berufseinführung, damit die jungen Berufsleute den Einstieg schafften. Rita Holzer empfindet die Signale aus der Politik oft als negativ und nicht ermutigend für junge Leute, die sich überlegen, Lehrerin oder Lehrer zu werden, sicher spiele auch der Lohn eine Rolle.

LLB

machten die kleingläubigen Auguren der Erziehungsdirektion eine Lehrerinnen- und Lehrerbildung mit starker Verwaltungsabhängigkeit und komplizierter Führungsstruktur. Dem Standort- und dem Strukturproblem wurden ein Autonomie- und ein Führungsproblem zugesellt.

Eine widerspenstige Universität

Ernüchtert ob der Ergebnisse seiner Ausenbetrachtung, versprach der Grosse Rat Remedur. Man zeigt sich gewillt, die Versäumnisse von Anfang der 90er-Jahre zu kompensieren. Doch wie dies geschehen soll, ist ungewiss. Dafür verantwortlich ist auch eine Universität, die sich um die Reform der Lehrerinnen- und Lehrerbildung bisher futiert hat und nun zu verstehen gibt, mit den neuen Strukturen nichts am Hut zu haben. Der Widerstand ist leicht nachvollziehbar, sofern er die Autonomiefrage betrifft. Er ist schwer nachvollziehbar, wenn die Realität der heutigen Universität ins Auge gefasst wird. Auf zwei Punkte ist zu verweisen.

Erstens verliert der Gegensatz von allgemeiner wissenschaftlicher und berufsorientierter Bildung im Zeitalter der Massenuniversität an Plausibilität. Die Zeiten Wilhelm von Humboldts sind vorbei, und man darf sich fragen, wieviel Sand wohl in den Augen der Berner Universitätsleitung liegen mag. Spätestens seitdem auch die Schweiz ihre Maturandinnen- und Maturandenquote massiv angehoben hat – sie liegt heute bei durchschnittlich 18%, während es vor 50 Jahren noch rund 5% waren –, ist die Universität zu einem Ort geworden, an dem auch Berufsbildung nachgefragt wird. Der

Nimbus der reinen Wissenschaft, mit dem sich die Universität umhüllt, um die Lehrerinnen- und Lehrerbildung auf Distanz zu halten, hat an Glanz verloren. Eine Gesellschaft, die das Wissen zum Produktivfaktor gemacht hat und sich zu Recht Wissensgesellschaft nennt, hat ein anderes Interesse an ihren Hochschulen als eine Gesellschaft, deren Produktivkraft vom Agrar- oder Industriesektor dominiert wird. Wer unter diesen Umständen noch immer Humboldtschen Idealen nachhängt, wird es bald einmal schwer haben, sich einer Öffentlichkeit verständlich zu machen, die (auch) von der Universität gesellschaftlichen Nutzen erwartet.

Zweitens ist die universitäre Landschaft der Schweiz seit «Bologna» ins Rutschen geraten. Am Geburtsort der europäischen Universitäten haben sich 1999 die Bildungsminister Europas darauf geeinigt, an ihren Universitäten das englisch-amerikanische Studiensystem einzuführen. Auch die Schweiz hat sich unmissverständlich dafür ausgesprochen, bei dieser weit gehenden Reform des Universitätssystems mitzumachen. Der dreistufige Studienabschluss nach dem Bologna-Modell sieht vor, dass der universitäre Erstabschluss eine Berufsbefähigung beinhaltet. Sollte die Schweiz das angloamerikanische System tatsächlich übernehmen, dann wäre die Humboldtsche Universität wohl endgültig passé. Was spräche dann noch gegen die Integration der Lehrerinnen- und Lehrerbildung in die Universität? «Bologna» wäre das Einfallstor, durch das die Lehrerinnen- und Lehrerbildung, die auf der Ebene des Universitätsgesetzes dem heiligen Gral schon bis auf Sichtweite nahe gekommen ist, auch real ins Reich der akademischen Bildung eintreten könnte.

Ob die Universität ihren Widerstand aufgeben wird? Noch übt sie sich nach Art einer landesweit bekannten Volkspartei in immerwährendem Nein-Sagen. Der Lehrerinnen- und Lehrerbildung ist damit nicht geholfen, denn über die Ambivalenz ihrer Situation wird sie nur dann hinwegfinden, wenn ihre Probleme gelöst werden: das Standortproblem, das Strukturproblem, das Autonomieproblem und das Führungsproblem. Umso mehr ist zu hoffen, dass es dem Grosse Rat ernst ist mit seiner Bereitschaft, Versäumtes nachzuholen. Eine Gesetzesänderung liesse sich schnell in die Wege leiten. Diese hätte für die genannten Probleme eine Gesamtlösung anzubieten. Es bleibt zu prüfen, ob eine solche Gesamtlösung eher von einer Pädagogischen Hochschule oder eher von einer Integration in die Universität zu erwarten ist.

Walter Herzog

AKTUELL

Regionale Versammlungen von LEBE + vpod

Alle Lehrkräfte des Kantons Bern sind eingeladen, an den regionalen Vollversammlungen von LEBE und vpod teilzunehmen, um eine klare gewerkschaftliche Position zu beziehen. Ende Oktober haben bereits die Versammlungen in Spiez, Köniz und Steffisburg stattgefunden.

Bern Stadt 1.11.01; 16.15 Uhr
Saal National, Bern

Seeland / Région francophone
6.11.01; 17.00 Uhr Manifestation
18.00 Uhr Vollversammlung Biel/Bienne

Oberaargau 6.11.01, 20.00 Uhr
Aula der Gewerbeschule
Langenthal «GIBLA»

Emmental (Langnau)
7.11.01, 16.30 Uhr
Langnau, Aula Seksschule

Bern Nord 13.11.01, 18.00 Uhr
Schönbühl, Zentrumssaal

Emmental (Burgdorf) 14.11.01,
16.30 Uhr
Aula Gsteighof

Kurz und bündig

Der Dachverband LCH führt eine Umfrage über die Berufszufriedenheit der Lehrerinnen und Lehrer durch. LEBE bitte seine Mitglieder, sich die Zeit zu nehmen, den Fragebogen auszufüllen. Die Studie zur Berufszufriedenheit soll zeigen, wo die grössten Probleme liegen und warum der Beruf der Lehrerin und des Lehrers nicht mehr so attraktiv ist. MG

*

Hansruedi Blatti, Präsident der LEBE Sekundarstufe I (hrlatti@dplanet.ch) bittet alle Mitglieder der Stufenkonferenz und die Kollegiumsvertretungen der Sek I ihm ihre mail-Adressen zu melden. Das e-mail-Kontaktnetz soll dazu dienen, die Kollegien rascher zu infomieren.

*

Region Seeland

Suchst du Einfluss und Mitsprache? Bist du Mitglied LEBE Seeland? Dann melde dich bei Christiane Planche (031 829 64 56) oder Jürg Weidmann (032 313 30 37).

Wir suchen ein Mitglied für die Leitungskonferenz, dem obersten Organ von LEBE.

Unsere nächste Regionalversammlung findet am 13. November um 17.30 Uhr in der Krone in Aarberg statt. Hauptthema: Wahl eines Mitglieds in die Leitungskonferenz.

Prof. Dr. Walter Herzog (*1949).

Studium der Psychologie, Soziologie, Pädagogik und Philosophie an der Universität Zürich, 1975 Lizentiat. 1980 Doktorat. 1986 Habilitation an der Universität Zürich für Pädagogik mit besonderer Berücksichtigung der Pädagogischen Psychologie. 1988 Research Fellow an der University of California in Berkeley. 1989–1991 Assistenzprofessor an der Universität Zürich. Seit 1991 Ordinarius für Pädagogik, Pädagogische Psychologie und Allgemeine Didaktik an der Universität Bern.

Forschungsschwerpunkte: Familiäre Erziehung, Koedukation, Unterrichtstheorie, Wissenschaftstheorie der Pädagogischen Psychologie, Multikulturalismus.

Neuere Buchpublikationen: Zusammen mit E. Böni und J. Guldemann: Partnerschaft und Elternschaft. Die Modernisierung der Familie (1997). Zeitgemäße Erziehung. Die Konstruktion pädagogischer Wirklichkeit (2001). Verschiedene Beiträge in Zeitschriften.


LEHRERINNEN UND LEHRER BERN
ENSEIGNANTES ET ENSEIGNANTS BERNE

NOVEMBER/NOVEMBRE 2001
www.lebe.ch

é c o l e b e r n o i s e

berner

schule



**Evelyne Emch,
KG-Schulleiterin**

**Interview mit
Robert Furrer**

Médiation scolaire



Berner Schule

(vormals «Berner Schulblatt»)

134. Jahrgang/134e année

Erscheint monatlich

Auflage/Tirage: 9548 (WEMF 2000)

Herausgeber/Editeur:Lehrerinnen und Lehrer Bern LEBE
Enseignantes et enseignants Berne
LEBE**ADRESSE:**Berner Schule
Lehrerinnen und Lehrer Bern LEBE
Brunngasse 16
Postfach
3000 Bern 7

Telefax 031 326 47 48

E-Mail: bernerschule@lebe.ch

www.lebe.ch

Redaktion:Michael Gerber (MG)
Tel. 031 326 47 57

Higi Heilinger (HH)

Redaktionsassistent
Tel. 031 326 47 58**Rédaction francophone:**Henri Baumgartner (HB)
rte de Chasseral 161
2518 Nods
henri.baumgartner@bluewin.ch**Inseratenverwaltung:**Publimag AG
Laupenstrasse 35
Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 387 22 11
Telefax 031 387 21 00
E-mail: bern@publimag.ch**Abonnemente/Abonnements:**Nichtmitglieder/Non membres:
CHF 60.–/Jahr (ohne «Schulpraxis»)
Bestellungen und Adressänderungen:
LEBE-Geschäftsstelle
Tel. 031 326 47 47**Nächste Ausgabe: 29. November****Prochaine édition: 29e novembre**

Redaktionsschluss: 16. Nov. 7.00 h

Délai rédactionnel: 16 nov. 7h00

INHALT**TITELBILD**

- 1 Evelyne Emch, Schulleiterin für die Kindergärten Bremgarten

KOLUMNE

- 5 «Arabische Begegnungen» von Andreas Stalder

DAS WORT DER PRÄSIDENTIN

- 7 Schauen, woher sie kommen und wohin sie gehen

**SCHULBESUCH II**

- 8 GrossrätInnen im Viererpack

GROSSRATSWAHLEN

- 10 Lebe-Spitze engagiert sich – und Sie?

LEHRERINNENBILDUNG

- 12 Uni oder PH: Jetzt seriös abklären!
-
- 13 Die Lehrerinnen- und Lehrerbildung
-
- vor den Toren der Universität

**SCHWEIZERSCHULE BARCELONA**

- 16 «Wir sind überall herzlich aufgenommen worden»

GENERALSEKRETÄR ROBERT FURRER

- 20 «Wenn sie uns nur wieder vertrauen»

LEBE-RATGEBER

- 22 Arbeitszeugnis: Schlüssel für die berufliche Zukunft

GEFÜHRTE KINDERGÄRTEN

- 24 Im Sandwich zwischen Kommission, Eltern und Team

**PODIUMSGESPRÄCH**

- 26 Vermisst wird die Verbindlichkeit
-
- des Sekundarschullehrplanes

PÄDAGOGISCHE KONFERENZ

- 27 Grenzen setzen heisst auch einmal «nein» sagen

EXPO.02

- 30 Die Schweiz in Bildern neu erleben

PILOTPROJEKT 9. SCHULJAHR

- 32 Mehr Motivation für die Jugendlichen,
-
- aber auch mehr Arbeit für die Lehrkräfte

MÉDIATION SCOLAIRE

- 38 Particulièrement utile chez les ados

42 DELEGIERTENVERSAMMLUNG**48 AGENDA****56 CARTOON VON HÖRMEN**